

Pressemeldung



Politik-Dialog-Forum: In die Zukunft der Kinder, Jugendlichen und Familien investieren – Für starke kommunale Strukturen und eine zukunftsfähige Kinder- und Jugendhilfe

Politik-Dialog-Forum am 20. Oktober 2025 in Berlin

Mainz, 16. Oktober 2025 – Unter dem Motto „In die Zukunft der Kinder, Jugendlichen und Familien investieren – für starke kommunale Strukturen und eine zukunftsfähige Kinder- und Jugendhilfe“ findet am 20. Oktober 2025 in der Niedersächsischen Landesvertretung in Berlin ein bundesweites Politik-Dialog-Forum statt. Auf Einladung des Niedersächsischen Sozialministeriums, der Universität Hildesheim und des Instituts für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ism gGmbH) kommen Vertreter aller staatlichen Ebenen, von Bundes- und Landesministerien über kommunale Jugendämter bis zu Wohlfahrts- und Fachverbänden zusammen. Gemeinsam wollen sie einen Prozess starten, um die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland zu stärken und als verlässliche Infrastruktur zukunftsfähig auszubauen. Konkret sollen Schritte verabredet werden, für einen starken Kinderschutz und dafür, dass junge Menschen und Familien überall in Deutschland auf eine zuverlässige und moderne soziale Infrastruktur zählen können. Niedersachsens Sozialminister Dr. Andreas Philippi: „*Wir haben diese Veranstaltung hier heute in Berlin ins Leben gerufen, um für einen infrastrukturellen Zukunftsdialog zu werben.*“

Wir müssen die Kinder- und Jugendhilfe neu aufstellen. Das geht nur gemeinsam. Bund, Länder und Kommunen müssen an einem Tisch neue Strategien entwickeln, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Ich setze auf Unterstützung von Verbänden und aus der Wissenschaft.“

Die Initiatoren betonen, dass es um grundlegende Fragen und Zukunftsperspektiven geht: um Kinderschutz, Generationengerechtigkeit, demokratische Teilhabe und ein gerechtes Aufwachsen für alle jungen Menschen. Politik und Gesellschaft haben eine Verantwortung gegenüber der nachwachsenden Generation, der man jetzt gerecht werden müsse. *„Es geht um nicht weniger als die Zukunft der jungen Generation und damit die Zukunft unserer demokratischen Gesellschaft“*, unterstreicht Prof. Dr. Wolfgang Schröer vom Institut für Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim die Dringlichkeit. Zugleich sei es eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber der nachwachsenden Generation, gerade jetzt entschlossen in stabile Strukturen für Kinder und Jugendliche zu investieren. Eine alternde Gesellschaft darf die junge Generation nicht aus dem Blick verlieren. Kinder und Jugendliche bilden zahlenmäßig eine immer kleinere Gruppe (knapp 18 % der Bevölkerung) und haben selbst keine Stimme bei Wahlen. Generationengerechtigkeit bedeutet, ihren Rechten und Chancen die gleiche Priorität einzuräumen wie denen der Älteren. *„Schlicht, wir brauchen die nachwachsende Generation nicht nur für die Rente, den Erhalt unseres Wohlstands, die Festigung unserer Demokratie und die Bewältigung der zunehmenden Krisen in dieser Welt, die vor allem für junge Menschen aus den Fugen geraten ist und eine unsichere Zukunft verspricht“*, betont Heinz Müller vom Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz ism gGmbH. Ebenso dürfen Lebenschancen nicht vom Wohnort abhängen: Alle Kinder in Deutschland sollen unabhängig von Region oder sozialem Umfeld vergleichbare Unterstützung und Schutz erhalten. Doch in der Praxis hängt das Angebot der Kinder- und Jugendhilfe oft von der Kassenlage der Kommune ab: Wohlhabende Städte können mehr leisten als finanzschwache Regionen. Dieser Zustand verletzt das verfassungsrechtliche Gebot gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland umfasst Angebote von der frühen Familienberatung über Kitas bis hin zum Kinderschutz und gilt als eine der bedeutendsten sozialen Infrastrukturen für alle junge Menschen und Familien. Hier arbeiten 1,2 Mio. Menschen in Deutschland. Dennoch fristet dieses System in der aktuellen politischen Debatte ein Schattendasein. Bei Infrastruktur wird oft nur an Straßen, Brücken oder digitale Netze gedacht. Die sozialen Angebote für Familien finden politisch noch zu wenig Beachtung. *„Die Kinder- und Jugendhilfe ist weit mehr als nur ein ergänzendes System zu Schule oder Familie – sie begleitet, unterstützt, schützt und stärkt junge Menschen und leistet einen zentralen Beitrag zu sozialem Zusammenhalt, Bildungsgerechtigkeit und Demokratiebildung“*, betont Josef Koch, langjähriger ehemaliger Geschäftsführer der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen. Bisher werde der Kinder- und Jugendhilfe jedoch nicht der nötige Stellenwert eingeräumt. Es fehlt an einer klaren Gesamtstrategie, die die Infrastruktur in den Kommunen stärkt und einen Modernisierungstau behebt. Wie in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen sind auch hier strukturelle Reformen und Investitionen notwendig.

In vielen Kommunen macht sich ein drastischer Investitionsstau schmerzhaft bemerkbar. Marode Einrichtungen, fehlende Betreuungsplätze und überlastetes Personal gefährden

mancherorts eine verlässliche Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und Familien. Hohe soziale Belastungen, knappe Kassen und ein akuter Fachkräftemangel stellen viele Städte und Landkreise vor enorme Herausforderungen. Um der Krise entgegenzuwirken, fordert das Bündnis einen Nationalen Fonds Kinder- und Jugendhilfe als zentralen Baustein einer umfassenden Reformagenda. Dieser Fonds, ausgestattet mit 10 Milliarden Euro über zehn Jahre, soll dringend notwendige Investitionen bündeln und die kommunale Infrastruktur sowie den Kinderschutz stärken. Über 350 Wissenschaftler, Verbände, Jugendämter und Einrichtungen haben im Frühjahr 2025 den Aufruf für mehr Investitionen in die Kinder- und Jugendhilfe unterzeichnet.

Mit einem solchen auf zehn Jahre angelegten Fonds sollen dringend notwendige Investitionen in kommunale Infrastruktur, Kinderschutz und gleichwertige Lebensverhältnisse für junge Menschen in ganz Deutschland finanziert werden. Das Geld soll als Hebel wirken, mit dem Bund, Länder und Kommunen gemeinsam eine bundesweite Kraftanstrengung für die nächste Generation stemmen, so der Tenor der Initiative. Wichtig sei, dass der Fonds zusätzlich zur bestehenden Kinder- und Jugendhilfe wirkt: Ein solcher Fonds darf keinesfalls kommunale Pflichtaufgaben ersetzen, sondern muss gezielt zusätzliche Mittel für Zukunftsaufgaben bereitstellen.

Geplant ist, die Fondsmittel in strategische Schwerpunkte zu lenken, darunter der Ausbau und die Modernisierung von Einrichtungen, digitale Innovationen und Entbürokratisierung sowie eine bundesweite Fachkräfteoffensive zur Gewinnung und Qualifizierung von Personal. So soll die Kinder- und Jugendhilfe insgesamt zukunftsfest gemacht werden.

Die Veranstaltung in Berlin markiert den Auftakt eines strukturierten Dialogs zwischen Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft. Ziel ist es, gemeinsam eine Gesamtstrategie für starke kommunale Strukturen und eine zukunftsfähige Kinder- und Jugendhilfe zu entwickeln. „Kinderschutz und Kinderrechte dulden keinen Aufschub – die Zeit zum Handeln ist jetzt“, mahnt Prof. Schröder vom Institut für Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim. „Denn nur mit entschlossenem Handeln und Investitionen in die junge Generation könne ein gerechtes Aufwachsen für alle gesichert werden“. Die Fachveranstaltung am 20. Oktober 2025 in Berlin soll den Startschuss für einen gemeinsamen Prozess geben, damit kein Kind verloren geht und damit unser Staat auch für alle jungen Menschen, Familien und Generationen erfahrbar und verlässlich bleibt.

Für die Veranstalter

Heinz Müller
Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH
Flachmarktstraße 9
55116 Mainz
06131-24041-0
Heinz.mueller@ism-mz.de
ism-mz.de